Rechenschaftsbericht der Bundestagsabgeordneten

Grietje Bettin
Rainder Steenblock

Mai 2006 - April 2007

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach anfänglichen leichten „Umorientierungsschwierigkeiten" nutzen wir den Wechsel von der Regierung in die Opposition nun kräftig für die Weiterentwicklung und die Erarbeitung neuer politischer Konzepte. Die vielen neuen Diskussions- und Positionspapiere zeigen, dass wir als Grüne nach zukunftsorientierten Antworten auf aktuelle Fragen suchen und in vielen Bereichen schon geben können.

In diesem gemeinsamen Rechenschaftsbericht Eurer beiden Bundestagsabgeordneten lest Ihr, welche Themen uns in der Fraktion bewegt haben. Zusätzlich berichten wir aus unseren jeweiligen Fachbereichen und von unserer Arbeit in Schleswig-Holstein.

Falls ihr Fragen habt oder vertiefende Informationen wünscht, könnt Ihr Euch gern an uns direkt auf dem Parteitag oder an unsere Büros wenden.

Viel Spaß beim Lesen wünschen Euch

Berliner Büro Grietje Bettin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Fon: 030 | 227 - 75052
Fax: 030 | 227 - 76051

Wahlkreisbüro

Im Brauereiviertel 5
24118 Kiel
Fon: 0431 | 5578262
Fax: 0431 | 5578224

www.g-bettin.de

Berliner Büro Rainder Steenblock

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Fon: 030 | 227 - 72056
Fax: 030 | 227 - 76056

Wahlkreisbüro

Damm 48
25421 Pinneberg
Fon: 04101 | 553987
Fax: 04101 | 553986

www.rainder-steenblock.de

Wichtige Themen in der Grünen Bundestagsfraktion

zusammengefasst von Grietje und Rainder

In wichtigen Fragen wie Klima- und Energiepolitik, Gesundheitsreform und Kinderbetreuung laufen grüne intelligente Konzepte einer unentschlossenen großen Koalition eindeutig den Rang ab. Und mit Selbstverpflichtungen zum PraktikantInneneinsatz und zu Flugreisen geht die Fraktion mit gutem Beispiel voran und zeigt, wie es besser läuft. Aber lest selbst...

Schwieriges Thema: Auslandseinsätze der Bundeswehr

Kongo, Libanon, Afghanistan - Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind grundsätzlich kritisch zu hinterfragen und bereiten Bauchschmerzen, auch solche zur Friedenssicherung. Dem Libanon-Einsatz haben die meisten Fraktionsmitglieder dennoch zugestimmt. Die Mission dort wird von den beteiligten Parteien gewünscht und ist von der UNO getragen. Und vor allem: Der politische Prozess im Libanon scheint ohne die friedenssichernde UN-Mission nicht möglich.

Eine besondere Herausforderung war für uns alle die Entscheidung über den Einsatz von Tornados in Afghanistan, weshalb wir im Folgenden unser Abstimmungsverhalten noch einmal ausführlicher begründen.

Afghanistan: für eine zivile Offensive!

Der Streit um den richtigen Weg in Afghanistan war eines der großen Themen im vergangenen Jahr. Im Oktober haben wir im Bundestag über die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom debattiert. In unserem Entschließungsantrag zum Antrag der Bundesregierung machen wir deutlich, warum die grüne Bundestagsfraktion die weitere deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom ablehnt. Die grüne Unterstützung für den UN-mandatierten ISAF-Einsatz (International Security Assistance Force) ist von dieser Entscheidung nicht betroffen.

Zum Jahreswechsel kam dann die Anfrage Große Koalition der Nato-Verbündeten nach deutschen Tornado-Aufklärungsflugzeugen zur Unterstützung der ISAF-Mission im Süden Afghanistans. In der grünen Fraktion haben wir uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Das zeigt auch das knappe Abstimmungsergebnis der Debatte im Bundestag: 21 Abgeordnete stimmten dafür, 26 dagegen, vier enthielten sich.

Einig sind wir uns in der Zielsetzung: wir wollen ein Afghanistan, in dem die Menschen friedlich leben können. Dafür brauchen wir in erster Linie mehr Anstrengungen für eine politisch-zivile Strategie. Die fordern wir in unserem Entschließungsantrag zum Antrag der Großen Koalition. Darin fordern wir von der Bundesregierung deutlich mehr finanzielle Aufbauhilfe, um die militärisch-zivile Unausgewogenheit auszugleichen. So weit der Konsens. Aber was ist die richtige Strategie, damit zivile Hilfe überhaupt möglich ist?

Wir vertreten in der Tornado-Frage unterschiedliche Positionen: Grietje hat gegen die Entsendung der Tornados gestimmt, Rainder dafür. Für beide Positionen gibt es gute Gründe.

Rainder hat für den Einsatz der Tornados gestimmt, weil für ihn ausschlaggebend war, dass die dringend notwendige zivile Aufbauhilfe nur in einem Umfeld möglich ist, in dem sich auch die im Süden des Landes lebenden Menschen und die zivilen HelferInnen ungefährdet bewegen können. Die Kämpfe im Süden Afghanistans sind erheblich intensiver als die Auseinandersetzungen im Norden. Wenn wir ISAF im Süden unterstützen wollen, um Sicherheit auch im Süden des Landes herzustellen, gehören die Tornados als militärische „Hardware" konsequenterweise dazu.

Grietje hat gegen den Einsatz gestimmt. Sie befürchtet, dass die Tornados nicht nur für ISAF eingesetzt werden, sondern auch die OEF und damit eine falsche Strategie im Süden Afghanistans unterstützen. Die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass die Ausweitung der Militäreinsätze am Hindukusch Hass und Gewalt nicht verhindern konnten und oft noch verstärkten.

Die Tornado-Debatte zeigt, dass wir weiter diskutieren müssen. Die zentralen Fragen sind: was sind die richtigen Militärstrategien für Afghanistan? Welche Aufbaustrategien brauchen wir und wie können wir sie umsetzen? Letztlich werden wir eine Antwort auf die Frage finden müssen, nach welchen Grundlagen wir über deutsche Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen generell entscheiden wollen.

⇗ Entschließungsantrag zur Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom:
http://gruene-bundestag.de/cms/internationales/dokbin/156/156123.pdf

⇗ Große Anfrage „Zum Wiederaufbau und zur Lage in Afghanistan":
http://dip.bundestag.de/btd/16/042/1604243.pdf

⇗ Antwort auf die Kleine Anfrage „Aufklärung über RECCE-Tornados und Gesamtstrategie für Afghanistan":
www.dip1.btg/btd/16/043/1604325.pdf

⇗ Entschließungsantrag zur Tornado-Anfrage:
http://gruene-bundestag.de/cms/internationales/dokbin/171/171694.pdf

Klimaschutz zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die ExpertInnenwarnungen haben nun auch die Bundesregierung erreicht: aufgeweckt durch den Klimabericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) und den Report des ehemaligen Weltbankmanagers Nicolas Stern hat Ratspräsidentin Angela Merkel den EU-Frühjahrsgipfel im März 2007 zum Klimagipfel umbenannt. Doch schöne Worte machen die EU noch nicht zur Vorreiterin im Klimaschutz. Wir haben zwei Anträge in den Bundestag eingebracht, in denen wir die Bundesregierung zu konkreten Schritten auffordern. In der EU müssen wir bis 2020 mindestens 40 Prozent Kohlendioxid einsparen. Der EU-Gipfel hat dagegen nur ein Minus von 20 Prozent im Vergleich zu 1990 vereinbart. So lange sich die Große Koalition ihre Klimapolitik von der Energielobby diktieren lässt, ist echter Klimaschutz mit ihr nicht zu machen. Die

Risikotechnologie Atomkraft wird jedoch nicht den Weg aus der Klimakrise weisen. Daran erinnert der beinahe-GAU im schwedischen Forsmark im Juli 2006. Der deutsche Atomreaktor in Brunsbüttel an der Unterelbe ist übrigens mit noch schlechterer Sicherheitstechnik ausgestattet. Die Sicherheitsrisiken sind auch Innovationsbremsen: so lange die Energiekonzerne ihre aus Steuergeldern subventionierte Rendite aus den AKWs abschöpfen, scheren sie sich nicht um Investitionen in bessere Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Der zweite nationale Allokationsplan der Bundesregierung fördert den Bau neuer Kohlekraftwerke, statt in Zukunftstechnologien zu investieren. In unserem Faltblatt „Klimaschutz jetzt!" klären wir auf und machen konkrete Vorschläge für mehr Klimaschutz.

Anträge „Für eine radikale und konsequente Klimapolitik" und „Energieversorgung im 21. Jahrhundert" unter:
http://gruene-bundestag.de/cms/energie_klima/rubrik/4/4377.htm

Infos zur grünen Kampagne für mehr Klimaschutz unter:
www.gruenes-klima.de/

Faltblatt „Klimaschutz jetzt!" unter:
http://gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/156/156684.pdf

Die grüne Bundestagsfraktion unterstützt die Kampagne „Atomausstieg selber machen!", unter:
www.atomausstieg-selber-machen.de/

Kranke Gesundheitsreform

Die Gewinner der Gesundheitsreform sind die Union und die hinter ihr stehenden Lobbygruppen. Verlierer sind die Versicherten, die mit spürbaren Beitragserhöhungen rechnen müssen. Wir halten das Ergebnis für grundlegend falsch und haben geschlossen dagegen gestimmt. Die grüne Bürgerversicherung bietet eine bessere Antwort.

Entschließungsantrag zur Gesundheitsreform
www.dip1.btg/btd/16/042/1604218.pdf

Familienpolitik

Seit einigen Monaten beschäftigt dieses Thema die Politik auf allen Ebenen. Das Familienbild der Parteien unterscheidet sich aber gravierend. Für uns ist klar: Familie ist, wo Kinder sind. Dieser erweiterte Familienbegriff beschreibt die heutige Lebensrealität von Eltern und Kindern besser als das überholte „Ein-Verdiener-Modell", das immer noch großen Teilen schwarz-roter Familienpolitik zugrunde liegt. Zentrale Fragen sind für uns dabei: Wie lässt sich Erwerbstätigkeit besser mit Eltern- und Familienarbeit, mit Pflegeaufgaben sowie Bildungs- und Weiterbildungsphasen verbinden? Wie lässt sich der Familienleistungsausgleich familiengerechter gestalten und wie sollen Erziehungs- und Pflegearbeit in den sozialen Sicherungssystemen zukünftig berücksichtigt werden? Noch sind nicht alle Fragen umfassend beantwortet. Ein Gesamtkonzept soll im Herbst 2007 fertig sein.

Kinderbetreuung

Auch beim dringend notwendigen Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder hat sich die Fraktion positioniert. Kernelement ist dabei für uns die „Kinderbetreuungskarte", hinter der ein Geldleistungsgesetz steht. Der Bund könnte damit die Eltern bei der Finanzierung der Kinderbetreuung unterstützen. Absolut zentral ist für uns, dass jetzt eine verbindliche Regelung für den Ausbau getroffen wird, damit die Hängepartie hier ein Ende hat. Ein bedarfsgerechtes Angebot der Betreuungsplätze wird nur über einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch möglich sein. Weiter müssen neben der Betreuungsbedarfsermittlung für unter Dreijährige auch die Bedarfslücken bei Ganztagskindergartenplätzen und für Schulkinder geschlossen werden. Und immer noch auf der Agenda: die Änderung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung, die Kinder berücksichtigt.

Antrag Individualbesteuerung
http://dip.bundestag.de/btd/16/011/1601152.pdf

Selbstverpflichtungen der Fraktion

Alle reden vom Wetter... und wir?

Wir gehen mit gutem Beispiel voran: Flugreisen schaden dem Weltklima. Flugzeuge stoßen pro Kopf und Kilometer mehr CO2 aus als jeder andere Verkehrsträger. Noch dazu setzen sie ihre Abgase in Schichten unserer Atmosphäre frei, in denen sie die meisten Schäden anrichten. Mehr als unverständlich ist deshalb, dass Flugbenzin immer noch nicht besteuert wird. Auf Kerosin wird noch nicht einmal der volle Mehrwertsteuersatz erhoben. Leider lässt die Politik der Bundesregierung nicht hoffen, dass sich dies bald ändert. Trotz aller Bemühungen wird es uns aber nicht von heute auf morgen gelingen, umweltschonendere Flugzeuge zu bauen oder auf Flugreisen ganz zu verzichten. Das gilt auch für unsere Bundestagsfraktion. Wer als AbgeordneterR z. B. im fernen Ausland Menschen von grünen Ideen überzeugen will, hat derzeit keine reelle Alternative zum Flieger.

Solange dies so ist, haben wir uns als Fraktion entschlossen, für die unabwendbaren Flugreisen die freiwillige Klimaschutzabgabe über atmosfair.de zu zahlen. Die damit eingenommenen Gelder fließen in Energiesparprogramme. Davon sollen insbesondere Entwicklungsländer profitieren. Deren steigender Energiebedarf soll von vornherein auf möglichst klimaschonende Weise gedeckt werden - indem dort vorhandene regenerative Energien gefördert werden.

Fraktionsbeschluss zu Klimaschutzabgaben bei Flugreisen:
www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/170/170003.pdf

PraktikantInnen fair behandeln: Keine Generation Praktikum bei den Grünen

Mit der Selbstverpflichtung „Faires Praktikum" geht die Fraktion mit gutem Beispiel voran und sorgt dafür, dass PraktikantInnen unter anderem einen Arbeitsplatz, eine feste Ansprechperson, ein Zeugnis, vor allem aber eine Vergütung von mindestens 250 Euro monatlich bekommen.

Die Selbstverpflichtung:
www.gruene-bundestag.de/cms/forschung_bildung/dok/149/149405.htm

Liebe Freundinnen und Freunde,

hier ein kurzer Überblick über einige meiner wichtigsten parlamentarischen Initiativen in Berlin und meine Aktivitäten im Wahlkreis. Im meinem Fachschwerpunkt Medienpolitik versuche ich grüne Kernforderungen wie Verbraucherschutz, Transparenz und Zugangsgerechtigkeit miteinander zu verknüpfen und vor ihrer Aushöhlung durch die große Koalition zu bewahren.

Ähnliches gilt für Schleswig-Holstein. Hier versuche ich, grüne Leitideen vor allem unter dem großen Thema „Lebensqualität" umzusetzen. Kultur-, Städtebau- und Tourismuspolitik bilden dabei für mich eine wichtige Klammer.

Grietjes Bericht aus Schleswig-Holstein

Kulturkampagne gestartet

Der Kulturpolitik kommt meines Erachtens eine Schlüsselrolle für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu. Deshalb habe ich eine Kulturkampagne initiiert, die einen bunten Strauß an Besuchen und Gesprächen zu verschiedenen Schwerpunktthemen vorsieht. So habe ich mit kommunalen grünen PolitikerInnen Projekte zur Stadtentwicklung in Lübeck, Rendsburg, Schleswig und Flensburg besucht, um zu erfahren, wie eine lebendige Stadtkultur trotz sinkender Einwohnerzahlen erhalten werden kann. Die beschrittenen Wege waren zum Teil recht unterschiedlich, es zeigte sich jedoch, dass die Unterstützung durch Förderprogramme wie z. B. das Bundesprogramm „Soziale Stadt" für die meisten Städte notwendig und erfolgreich darin war, die Finanzierung der Projekte zu meistern.

Grüne Tourismus-Offensive

Seit letztem Sommer gibt es einen Kreis innerhalb der Nord-Grünen, der sich intensiv mit dem Thema Tourismus auseinandersetzt. Mein Beweggrund dabei mitzumachen war u. a. die Verknüpfung von Kultur und Tourismus. Aus meiner Sicht lassen sich diese beiden Felder bestens miteinander verknüpfen. Beim Nachdenken über „die" Grüne Antwort bin ich über die Leitidee der internationalen „Slow City"-Bewegung gestoßen, die viele unserer grünen Gedanken zu einem ansprechenden Konzept verbindet. Das ist im Vorfeld der Kommunalwahl besonders reizvoll: sie setzt gerade auf lokaler und regionaler Ebene an. Individuelle, regionalspezifische Lösungen sind ausdrücklich erwünscht!

Brokdorf - Ort des Erinnerns schaffen

Wie sieht eine moderne „Erinnerungskultur" aus? Hört Geschichte beim zweiten Weltkrieg auf? Was 1976 als Protest gegen ein Atomkraftwerk begann, wurde bald zu einem Symbol für eine besondere Protestkultur und letztlich für die Stärkung demokratischer Rechte. Die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden, friedliche und gewaltvolle Begegnungen, Wasserwerfer, Bauzäune, mediale Meinungsmache und Protestmärsche von Hunderttausenden haben die Bundesrepublik geprägt. Dennoch verblasst die Erinnerung an diese wichtigen Ereignisse rasant.

Ich meine: Der Protest braucht einen Ort des Erinnerns! Gemeinsam mit dem Kreisverband Steinburg und der Bundestagsfraktion habe ich deshalb eine Diskussion mit Zeitzeugen organisiert, die am 18. April unter großer öffentlicher Anteilnahme mit fast 60 BesucherInnen in Wilster stattfand und hoffentlich der Beginn einer Aufarbeitung ist, die auch jungen Menschen einen Zugang zu diesem Kapitel deutscher Geschichte ermöglicht.

Soziale Projekte und Einrichtungen

Die Finanzierbarkeit von sozialen Projekten und Einrichtungen und der Erhalt von Standards werden immer wieder von der Bundespolitik berührt. Was ändert sich, wenn die Eingliederungshilfe in die kommunale Zuständigkeit fällt? Welche Förderungen kann ein Projekt für die Vorbereitung von Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt in Anspruch nehmen? Auch in den vergangenen Monaten haben mich betroffene Projektträger eingeladen, mich vor Ort zu informieren und Handlungsimpulse mit nach Berlin zu nehmen.

Im Gespräch mit den Menschen

Diese Termine sind mir am liebsten: Mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen! 200 Personen, meist Schulklassen, lade ich jährlich nach Berlin ein, um sich auf der Besuchertribüne des Bundestags und anschließend im Gespräch mit mir über „Politik machen" zu informieren. ++++ Podiumsdiskussionen, die Teilnahme an verschiedenen Frauenversammlungen, viele Gespräche und ein Mentoring-Projekt: „Frauen in der Politik" ist bisher in jedem Jahr meiner Abgeordnetentätigkeit Thema gewesen und wird es weiterhin sein. ++++ Schon Tradition sind meine Gespräche mit Zivildienstleistenden, die ich regelmäßig in Kiel führe. Deshalb hoffe ich, dass die personellen Veränderungen in der

Zivildienstschule dieses auch weiterhin im bisherigen Umfang ermöglichen. ++++ Gespräche mit speziellen Besuchsgruppen, z. B. mit dänischen Studierenden oder jungen Führungskräften des German Marshall Funds haben auch in den vergangenen Monaten meine politischen „internationalen Beziehungen" mit Leben und menschlichen Begegnungen gefüllt.

Synergie-Effekte nutzen

Bundesweite Aktionstage und Kampagnen helfen oft, politische Arbeit vor Ort besser in die Öffentlichkeit zu transportieren. So bot der bundesweite Vorlesetag „Große für Kleine auch dem Verein „Gaarden liest" zum Erhalt der Stadtteilbücherei eine beachtete Plattform. ++++ Im Sommer 2006 forderte das Gesundheitsministerium alle Bundestagsabgeordneten auf, die Kampagne „1000 Schritte extra" zu unterstützen. Deshalb habe ich in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Ostholstein zu Waldspaziergängen eingeladen und so unseren Landesverband und die Landtagsfraktion zu unterstützt. „1000 Schritte extra im Landeswald" unter sachkundiger Führung der hiesigen Förster fand bei zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern lebhaftes Interesse und ein großes Presse-Echo.

Weitere und ausführliche Informationen zu Schleswig-Holstein findet Ihr hier auf meiner Homepage:
www.g-bettin.de

Euer Draht nach Berlin

Speed News, Berlin-Report und Homepage informieren Euch in Schriftform über meine Arbeit. Wer sich persönlich ein Bild davon machen möchte, kann an einer der zweimal jährlich stattfindenden dreitägigen politischen Bildungsreisen nach Berlin teilnehmen. Und ich komme immer gern zu Euren Kreismitgliederversammlungen, um über aktuelle Politik und die Diskussion in der Bundestagsfraktion zu berichten und Eure Meinung dazu zu hören. Einige Kreisverbände nutzen dieses Angebot regelmäßig, bei anderen bin ich nun länger nicht gewesen. Bei Interesse meldet Euch bitte bei Claudia Prehn im Wahlkreisbüro, um einen Termin abzustimmen. Umgekehrt nehme ich natürlich gern Eure politischen Vorschläge, Anregungen und Kritik auf, soweit ich als Abgeordnete des Bundestages zuständig bin und aktiv werden kann. Wendet Euch dafür einfach an mein Berliner oder mein Wahlkreisbüro.

Grietjes Medienpolitik unter dem Bundesadler...

Grüne Medienpolitik für Verbraucherinnen und Verbraucher

Ob PC-Gebühr, Fernsehrichtlinie oder Verschlüsselungspläne - fachpolitisch ging es im letzten Jahr besonders viel um den Rundfunk. Dabei habe ich mich stets dafür eingesetzt, Medienpolitik für VerbraucherInnen zu machen. So haben wir ein eigenes Rundfunkgebühren-Modell entwickelt, die Fernsehrichtlinie kritisch begleitet und uns gegen die Verschlüsselung von Satellitenfernsehen ausgesprochen. Darüber hinaus haben wir uns weiter konstruktiv mit dem Thema Computerspiele auseinander gesetzt und der Bundesregierung bei ihrem Suchmaschinenprojekt Quaero auf die Finger geschaut.

Nein zur PC-Gebühr - für eine moderne Mediengebühr

Nach langer Debatte ist sie gekommen: die so genannte PC-Gebühr, die jedeR für einen internetfähigen PC zu zahlen hat. Wir sehen sie in dieser Form als falsch an. Das Programm der „Öffentlich-rechtlichen" im Internet ist alles andere als ausreichend. Außerdem sind noch längst nicht alle PCs technisch in der Lage, Fernsehen per Live-Stream zu empfangen.

Anstatt aber nur zu kritisieren, haben wir ein Modell ausgearbeitet, dass auf die Entwicklung der Medien wie z. B. Handy-TV eingeht und auch für die Zukunft gerüstet ist. Wir fordern eine einheitliche Mediengebühr pro Haushalt - auch wenn mehrere Geräte vorhanden sind. Befreiungen wollen wir weiterhin zulassen. Unternehmen sollen nach Größe und weiteren Branchenbesonderheiten zahlen.

Fraktionsbeschluss Mediengebühr:
www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/149/149237.pdf

Faltblatt Mediengebühr:
www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/153/153702.pdf

EU-Fernsehrichtlinie: Für Qualität und Verbraucherschutz

Die EU-Kommission hat ihre so genannte Fernsehrichtlinie grundlegend überarbeitet und auf neue digitale Verbreitungswege ausgeweitet. Das ist gut. Die Richtlinie legt Mindeststandards für das Fernsehen und in Zukunft auch für nicht-lineare Dienste wie Video-on-demand in den EU-Mitgliedstaaten fest, z. B. im Bereich des Jugendschutzes. Was jedoch nicht geht: mehr Werbung und vor allem Schleichwerbung in Form von Produktplatzierungen zuzulassen. Das aber wollen die EU-Kommission und die FDP. Im Rahmen eines Antrags haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich in den anstehenden Verhandlungen gegen diese Pläne zu positionieren. Auch das Fernsehen der Zukunft muss qualitätsvoll sein und die VerbraucherInnen ernst nehmen.

Hier unser Antrag:
www.g-bettin.de/cms/files/dokbin/152/152820.antrag_fernsehrichtlinie.pdf

Verschlüsselung von Satelliten-TV: Empfang muss kostenlos bleiben

Äußerst umstritten waren die Pläne von RTL und MTV und ProSiebenSat.1, ihr Fernsehangebot via Satellit zu verschlüsseln und für die Entschlüsselung vom Kunden Geld zu verlangen. Anstelle der Sender sollten damit in Zukunft die Zuschauerinnen und Zuschauer für den Satellitenempfang zahlen. ProSiebenSat.1 hat seine Pläne wieder zurückgezogen - die Gefahr ist trotzdem nicht gebannt. Aus grüner Sicht muss ein freier und chancengleicher Zugang zu den Medien bestehen bleiben. Einer Verschlüsselungsgebühr für das digitale Fernsehen stehen wir kritisch gegenüber: Medienvielfalt im Fernsehen darf kein Privileg für Wohlhabende sein, die sich Pay-TV leisten können. Verschlüsselung kann zudem nicht bedeuten, dass eine Überwachung des Fernsehkonsums der Menschen möglich wird. Dazu haben wir einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht.

www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/149/149237.pdf

Gute Computerspiele fördern, statt „Killerspiele" verbieten

Immer wieder kehrt die Debatte um ein mögliches Verbot sog. „Killerspiele" zurück, zuletzt nach dem Amoklauf von Emsdetten. Die Argumente haben sich kaum verändert. Die Befürworter von weitergehenden Verboten sehen einen zu einfachen Zusammenhang zwischen gespielter und realer Gewalt. Die grüne Bundestagsfraktion aber hat sich schon im Januar 2006 in einem Fraktionsbeschluss gegen weitere Verbotsregelungen ausgesprochen. Wir halten die bestehenden Gesetze, die schon jetzt Verbote zulassen, für ausreichend - sie müssen nur konsequent angewendet werden. In einem Fachgespräch im November sind wir einen Schritt weiter gegangen und haben mit ExpertInnen diskutiert, was wir effektiv zur Förderung „guter" Computerspiele beitragen können. In der Debatte standen vor allem ein Gütesiegel für Computerspiele als auch die finanzielle Förderung der Spieleentwicklung. Außerdem haben wir die Bundesregierung zu diversen Initiativen im Bereich Jugendmedienschutz gefragt.

Hier der Reader zum Fachgespräch:
www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/168/168506.pdf

Leuchtturmprojekt Suchmaschine: Wo lässt die Bundesregierung das Geld?

Die Informationssuche im Internet findet hauptsächlich über Suchmaschinen statt, weil diese Zugriff und Auswahl aus einer Masse von Informationen erleichtern. Suchmaschinen entscheiden aber auch, ob und welche Informationen die NutzerInnen erhalten: Suchmaschinen sind „Gatekeeper", die den Zugang zu Wissensbeständen kanalisieren. Das Problem: Weil die große Mehrheit aller Suchanfragen derzeit über Google gestellt wird, besteht die Gefahr eines Informationsmonopols. Zumal Google Transparenz vermissen lässt, nach welchen Kriterien welche Information wie gelistet wird.

Als Alternative oder Ergänzung zu den vorhandenen Suchmaschinen soll eine europäische Suchmaschine namens „Theseus" (vormals „Quaero") etabliert werden. Die Bundesregierung hat dafür rund 100 Mio. Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt. Diese Fördergelder gehen an ein Konsortium, dem eine Reihe großer IT-Unternehmen angehören. Wir haben der Bundesregierung mehrmals mit Kleinen Anfragen auf den Zahn gefühlt, weil es keine öffentliche Ausschreibung für die Gelder gab, die Kriterien der Auswahl nicht transparent waren und die Kooperation mit Frankreich geplatzt ist.

Kleine Anfrage Quaero:
www.g-bettin.de/cms/files/dokbin/161/161813.unsere_anfrage_zum_suchmaschinenprojekt.pdf

Kleine Anfrage Theseus:
www.g-bettin.de/cms/files/dokbin/172/172737.kleine_anfrage_zur_entwicklung_von_these.pdf

Bericht aus Berlin und Schleswig-Holstein

von Rainder

Liebe Freundinnen und Freunde,

Deutschland hat in einer entscheidenden Phase für die Weiterentwicklung der Europäischen Union zum 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Mit dem Vorsitz der G8 fällt der Bundesregierung eine besondere Verantwortung für die gerechte Gestaltung der Globalisierung zu. Im März dieses Jahres haben wir den 50. Geburtstag der Römischen Verträge gefeiert. Zeit, nach vorn zu schauen und die drängenden institutionellen Fortschritte in der EU-27 anzugehen.

Im Folgenden berichte ich über einige Schwerpunkte meiner Arbeit des vergangenen Jahres:

Grüne Forderungen an die deutsche Ratspräsidentschaft

Die Bundesregierung hat mit dem EU-Vorsitz eine wichtige Rolle übernommen. Denn nur eine ehrgeizige Präsidentschaft kann die Europäische Union aus dem Stillstand befreien. Unsere Forderungen und Vorschläge hat die grüne Bundestagsfraktion in einem Antrag an die deutsche Ratspräsidentschaft zusammengefasst. Unsere zentralen Forderungen sind ein Ausweg aus der Verfassungskrise, eine zukunftsfähige europäische Energie- und Klimapolitik, eine stimmige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine verantwortungsvolle europäische Asyl- und Migrationspolitik. Wenn wir konstruktive Europapolitik machen wollen, müssen wir über den nationalen Tellerrand schauen. Dazu haben wir im Januar ein Netzwerktreffen der europäischen grünen Fraktionen in Berlin organisiert und unsere grünen Anforderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft diskutiert.

Antrag „Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft":
http://dip.bundestag.de/btd/16/033/1603327.pdf

Eckpunkte für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft:
http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/149/149229.pdf

Mit neuer vertraglicher Grundlage die Zukunftsaufgaben der EU angehen!

Die Bundesregierung hat jetzt die Chance, wichtige Weichen für die weitere Entwicklung der EU zu stellen. Entsprechend hoch waren die Erwartungen an die „Berliner Erklärung" zum 50. Geburtstag der Römischen Verträge im März. Das Ergebnis ist jedoch eher ein Vorwort zu einer neuen vertraglichen Grundlage der EU als eine zukunftsweisende Agenda. Wir sind gespannt auf den von Angela Merkel angekündigten Fahrplan zum Ende der Ratspräsidentschaft im Juni. Der muss mit konkreten Inhalten statt lauwarmen Absichtserklärungen gefüllt sein. Im Antrag der Fraktion zur Berliner Erklärung hatten wir die deutsche Ratspräsidentschaft aufgefordert, eine breite öffentliche Debatte anzustoßen, statt die nächsten Schritte im stillen Kämmerlein der Regierungschefs und -chefinnen auszukungeln. Unsere Vorschläge zur Zukunft des Verfassungsvertrags haben wir in einem Positionspapier „Ein neuer Grundlagenvertrag für die EU" zusammengefasst, das auch die Grundlage für einen grünen Antrag an die Bundesregierung bildet. Wir wollen die Institutionen und Verfahren in der EU demokratischer, effizienter und transparenter zu gestalten. Unser Vorschlag: wir spalten den vorliegenden Vertragsentwurf in zwei Teile auf, einen Grundlagenvertrag und einen Reformvertrag. Der Grundlagenvertrag enthält die Grundrechtcharta, die Ziele und Werte der EU sowie die institutionellen Regelungen, der Reformvertrag die detaillierten Regelungen für die einzelnen Politikbereiche. Über Zusatzprotokolle wollen wir eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Klima-/ Energie- und Sozialpolitik möglich machen.

Antrag „Berliner Erklärung - Werte und Aufgaben der EU im 21. Jahrhundert":
www.gruene-bundestag.de/cms/europaeische_union/dok/166/166806.htm

Positionspapier „Ein neuer Grundlagenvertrag für die EU":
www.raindersteenblock.de/Europaeische-Verfassung.29302.0.html

Für eine kohärente Politik gegenüber unseren europäischen Nachbarn

Mit der Erweiterung um Rumänien und Bulgarien ist die Europäische Union zum 1. Januar 2007 auf 27 Mitgliedsländer gewachsen. Damit wurde die fünfte Erweiterungsrunde erfolgreich abgeschlossen. Den Beitritt haben wir mit einem interfraktionellen Antrag im Bundestag begleitet. Ich freue mich sehr, mit der Ehrenplakette des bulgarischen Parlaments für meinen Einsatz geehrt zu werden.

Leider hat sich die Hoffnung, dass mit dem Beitritt der Republik Zypern in die EU auch die Teilung der Insel überwunden werden könnte, bislang nicht erfüllt. Vor diesem Hintergrund kommt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 die wichtige Aufgabe zu, weitere Schritte zu unternehmen. Auf unsere Initiative hin habe ich im Bundestag einen interfraktionellen Antrag ausgehandelt.

Die europäische Integration muss weiter gehen. Aber aus den historischen Erfahrungen heraus wissen wir, dass die Instrumente zur Erweiterungspolitik überarbeitet werden müssen. Im Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind auch die Weiterentwicklung der EU-Nachbarschaftspolitik, die Entwicklung einer EU-Zentralasienstrategie sowie die Ausarbeitung einer strate-

gischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland vorgesehen. Uns ist wichtig, dass diese bisher voneinander unabhängig verfolgten Strategien aufeinander abgestimmt werden. Zur Weiterentwicklung der einzelnen Instrumente eingebettet in eine Gesamtstrategie bringen wir einen Antrag in den Bundestag ein. Besonderen Fokus habe ich auch auf die turbulenten Zeiten in der Ukraine gerichtet, einen der größten direkten Nachbarn der EU. So habe ich im September 2006 im Bundestag mit deutschen und ukrainischen Partnern über die neuen Machtkonstellationen und europäischen Perspektiven der Ukraine diskutiert.

Antrag „EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Erfolg führen":
http://dip.bundestag.de/btd/16/030/1603090.pdf

Thesenpapier zur EU-Erweiterung:
www.raindersteenblock.de/userspace/KAND/rsteenblock/Thesen-EU-Erw.pdf

Antrag „Fortschritte für Zypern - eine Aufgabe für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft":
www.rainder-steenblock.de/

Antrag „EU-Zentralasienstrategie mit Leben füllen":
http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604852.pdf

Große Anfrage „Aktuelle Entwicklungen in Russland und ihre Auswirkung auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland":
www.dip1.btg/btd/16/049/1604932.pdf

Antrag „Anforderungen an eine strategische Partnerschaft mit Russland":
www.dip1.btg/btd/16/041/1604155.pdf

Antrag „Menschenrechte in Usbekistan einfordern":
http://dip.bundestag.de/btd/16/019/1601975.pdf

Reader und Bericht zum Ukraine-Fachgespräch:
www.raindersteenblock.de/Berichte-Fachgespraeche.25391.0.html

Antwort auf die Kleine Anfrage „Zukunft des Stabilitätspaktes für Südosteuropa":
www.dip1.btg/btd/16/017/1601708.pdf

Antrag „Eine europäische Perspektive für das Kosovo":
www.dip1.btg/btd/16/035/1603520.pdf

Europa verorten

Begeisterung für Europa kann nicht durch Regierungskonferenzen hinter verschlossenen Türen entfacht werden. Die Europäische Union muss für alle konkret werden, wenn sie eine Chance haben soll. Darum nutze ich jede Gelegenheit, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und für die europäische Idee zu werben. Europa in die Schulen tragen - diesen Vorsatz habe ich am 22. Januar wörtlich genommen und mit einem EU-Projekttag die deutsche Ratspräsidentschaft an der Integrierten Gesamtschule Wedel vor der auf dem Schulhof versammelten Schülerschaft eingeläutet. In kleinerer Runde diskutierte ich mit SchülerInnen über die europäische Bildungspolitik und über den Nutzen eines vereinten Europas für die spätere Arbeitssuche. Der derzeitige Ratsvorsitz war auch für andere Schulen der Anstoß, mehr über Europa zu informieren. Im Klassenzimmer der Elsa-Brändström-Schule in Elmshorn war von der viel beschworenen Europa-Müdigkeit nicht viel zu spüren. Gleich alle drei Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Pinneberg konnten die Gymnasiasten dort mit Fragen löchern. Nach lebhaften Diskussionen über Verfassungsprozess, Sozial- und Sicherheitspolitik wurde klar: die SchülerInnen sind in Europa angekommen. Aber nur, wenn die jungen Menschen mit handfestem Wissen ausgestattet sind, können sie Europa auch mitgestalten. Deswegen finde ich: Europa darf keine Eintagsfliege bleiben, sondern muss dauerhaft im Schulalltag verankert werden.

Für eine nachhaltige europäische Meerespolitik!

Saubere Meere, nachhaltige Fischerei, verbindliche Regelungen zum Meeresschutz - die grünen Forderungen an eine nachhaltige europäische Meerespolitik habe ich auf der grünen Folgekonferenz zur europäischen Meerespolitik im Hamburger Rathaus vorgestellt und mit Gästen aus der europäischen und deutschen Politik, mit Wissenschaftlern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen diskutiert. Der Andrang war enorm: mit 120 Teilnehmenden war der Kaisersaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Unsere Forderungen werden wir in einer Stellungnahme der grünen Bundestagsfraktion in den Konsultationsprozess der Europäischen Kommission zum „Grünbuch Meerespolitik" einbringen. Zentrale Forderungen stellen wir in unserem Positionspapier vor, einen Antrag werden wir noch vor der Sommerpause in den Bundestag einbringen. Besonders wichtig ist uns, den Schadstoffausstoß von Schiffen zu reduzieren. Mit unserem Antrag zum Landstromanschluss vom September 2006 haben wir die aktuelle Debatte vorweggenommen. Folgen wird ein Antrag zur Reduzierung von Schiffsemissionen noch vor der Sommerpause. Mit der Konferenz haben wir erfolgreich an unser Fachgespräch „Grüne Vorschläge für einen ambitionierten Meeresschutz" im Oktober 2006 angeknüpft. Mit Vertretern von EU-Kommission, Greenpeace, der Grünen im EU-Parlament und Wissenschaftlern haben wir über Defizite des „Grünbuchs Meerespolitik" und Alternativen diskutiert.

Stellungnahme zum Grünbuch Meerespolitik der Europäischen Kommission (Entwurf),

Positionspapier grüner Nord- und Ostseeanrainer und Berichte zu den Fachgesprächen:
www.raindersteenblock.de/uploads/media/Meerespolitik-Entwurf.pdf

Antrag „Umweltfreundliche Stromversorgung von Schiffen in Häfen unterstützen":
www.dip1.btg/btd/16/027/1602791.pdf

Antwort auf die Kleine Anfrage Baltic Sea Action Plan:
www.raindersteenblock.de/uploads/media/baltic-sea.pdf

Antwort auf die Kleine Anfrage „Arbeitsplätze im Kontext von Seehäfen in Deutschland und der Europäischen Union":
www.raindersteenblock.de/PE-20-03-2007-Bundesregierung.31118.0.html

Elbvertiefung und Fehmarnbelt-Querung stoppen

Hamburg drängt auf eine weitere Vertiefung der Elbe und die skeptischen Nachbarn zur Zustimmung. Aber dort regt sich Widerstand. Höhere Fluten, Verschlickung, Sauerstoffmangel, Verlust von Lebensräumen, Watt-

abtrag - Anlass zur Sorge gibt es für die Elbanrainer schon heute genug. Unerwünschte Folgewirkungen, offene Fragen und Alternativen diskutierten betroffene AnwohnerInnen mit Gästen aus Politik und Wissenschaft, mit Aktivisten und Vertretern von Umwelt- und Deichverbänden auf einer Informationsveranstaltung, zu der ich gemeinsam mit dem Kreisverband Pinneberg Ende April nach Elmshorn eingeladen hatte. Die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage, wie sie die Risiken der geplanten Vertiefung einschätzt und deren wirtschaftliche Notwendigkeit begründet, steht noch aus. Ob ein erneuter Eingriff in die Elbe nach EU-Recht überhaupt genehmigungsfähig ist, wenn noch nicht einmal die bestehenden Umweltschäden ausgeglichen sind, will ich mit einer Anfrage an die Europäische Kommission klären. An die schleswig-holsteinische Landesregierung appelliere ich, den Hamburger Baggerwünschen ohne Prüfung aller Auswirkungen der letzten Vertiefung ihr Einvernehmen zu verweigern. Auch die 2005 erteilte befristete Erlaubnis für die Verklappung belasteten Elbschlicks in der Nordsee gehört auf den Prüfstand. Statt drei Hafenstandorte parallel auszubauen, muss endlich ein abgestimmtes Hafenkonzept auf den Tisch.

Im Falle der festen Beltquerung vertagt die Bundesregierung die Entscheidung ein ums andere Mal. In unserem Ende vorigen Jahres eingebrachten Antrag „Statt fester Fehmarnbelt-Querung - für ein ökologisch und finanziell nachhaltiges Verkehrskonzept" fordere ich die Bundesregierung deshalb auf, diesem überflüssigen Projekt endgültig eine Absage zu erteilen und das Geld besser in nachhaltigen Tourismus und den Ausbau der Fährverbindung nach Dänemark zu investieren. Für Elbvertiefung wie Fehmarnbeltbrücke gilt: ökologisch wie ökonomisch fragwürdige Projekte dürfen nicht auf Kosten der Natur und der SteuerzahlerInnen gefördert werden.

⇗ Kleine Anfrage „Wirtschaftliche Notwendigkeit der geplanten Vertiefung von Unter- und Außenelbe":
www.raindersteenblock.de/userspace/KAND/rsteenblock/Anfrage-03-07.pdf

⇗ Antwort auf die Kleine Anfrage „Geplante Fahrrinnenanpassungen von Elbe und Weser für die Containerschifffahrt":
www.raindersteenblock.de/userspace/KAND/rsteenblock/Antwort_Anfrage-12-06.pdf

⇗ Brief an die EU-Kommission „Vereinbarkeit der geplanten Ausbaumaßnahmen an Außen- und Unterelbe mit europäischem Recht":
www.raindersteenblock.de/userspace/KAND/rsteenblock/Brief-EU-03-07-GD-Umwelt.pdf

⇗ Antrag „Statt fester Fehmarnbelt-Querung - Für ein ökologisch und finanziell nachhaltiges Verkehrskonzept":
www.raindersteenblock.de/userspace/KAND/rsteenblock/Antrag-12-06.pdf

Fachgespräch Lateinamerika

Im Vorfeld des EU-Lateinamerikagipfels und mitten im lateinamerikanischen „Superwahljahr" forderten wir die Bundesregierung in einem Antrag auf, die neuen Entwicklungen auf dem Subkontinent zu nutzen, um eine echte strategische Partnerschaft zwischen beiden Regionen aufzubauen. Wohin sich Lateinamerika politisch und wirtschaftlich bewegt und wie Deutschland mit den neuen Kräften der Linken umgehen soll, diskutierten wir im Sommer 2006 mit Fachleuten aus Politik und Wissenschaft sowie von lateinamerikanischen Botschaften und Nichtregierungsorganisationen. Mein Fazit: Ziel der europäischen wie der deutschen Lateinamerikapolitik sollte die Unterstützung regionaler Integrationsprozesse sein, inhaltlich sollte eine enge umwelt- und energiepolitische Kooperation angestrebt und die Förderung der demokratischen Konsolidierung und der Menschenrechte in den Mittelpunkt gestellt werden.

⇗ Antrag „Mit der strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika Ernst machen und deutsches Engagement ausbauen":
http://dip.bundestag.de/btd/16/009/1600941.pdf

⇗ Bericht zum Fachgespräch „Lateinamerika: Aufbruch zu neuen Ufern?":
www.raindersteenblock.de/Fachgespraech-22-06-2006-Latei.25398.0.html

Chancen eröffnen

Andere Kulturen kennenlernen, Vorurteile diskutieren und sich näher kommen - Schulpartnerschaften sind auf Dauer angelegte Projekte interkultureller Verständigung und Grundlage der europäischen Vereinigung. Für diesen verstärkten Austausch möchte ich deshalb möglichst viele Schulen in Schleswig-Holstein gewinnen. Bei Begegnungen in unseren östlichen Nachbarländern erlebe ich, wie groß das Interesse der jungen Leute dort an Deutschland ist und welche Hoffnungen sie an die EU knüpfen. Enge Kontakte eröffnen für beide Seiten neue Sichtweisen und entwickeln auf diesem Wege auch die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter. Spannende Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt erwartete die bunte Gruppe junger, politisch engagierter EuropäerInnen aus Ost und West, die auf meine Einladung hin vergangenen September zwei Tage in Berlin verbrachte. Für viele ausländische TeilnehmerInnen war das die erste Fahrt nach Westeuropa überhaupt. Was Europa ausmacht - das wird die amerikanische Schülerin Melanie Mosher nach ihrem Aufenthalt in Deutschland sicher besser beurteilen können. Während ihres Gastjahres habe ich die Patenschaft für sie übernommen. Leckere Bratwürste, gute Schokolade und schöne Fußgängerzonen - ihre ersten Eindrücke hat mir mein „Patenkind" schon verraten. Über die Arbeit eines deutschen Politikers wird sie mehr erfahren, wenn sie mich demnächst in meinem Berliner Büro besuchen wird. In anderer Richtung ermögliche ich einer jungen Schleswig-Holsteinerin den Weg über den Atlantik als „Botschafterin" ihres Landes in den USA. Einen authentischen Einblick in parlamentarische Abläufe wird die von mir ausgewählte Kandidatin für das Planspiel „Jugend und Parlament 2007" erhalten - indem sie vier Tage lang in die Rolle einer Abgeordneten schlüpft und den Weg der Gesetzgebung an den Originalschauplätzen durchspielen wird.